

Mit fertigem Aufsatz zur Prüfung

Uneinheitliche Termine der Leistungschecks empören die Baselbieter Lehrer. Die Behörden bleiben untätig.

Michael Meury

Die Leistungschecks an Baselbieter Schulen feiern ihr 10-Jahr-Jubiläum. Alljährlich schreiben Primar- und Sekundarschüler die sogenannten Checks. Auch die Kantone Basel-Stadt, Solothurn und Aargau führen sie durch. Verteilt und ausgewertet werden sie vom Institut für Bildungsevaluation (IBE) der Uni Zürich.

Die interkanton verglichenen Ergebnisse dienen sowohl zur Leistungsorientierung der Kinder als auch zur Unterrichtsentwicklung. Die Prüfungen sind überall identisch, die Durchführungstermine sind es nicht. Diese Woche finden in allen Kantonen in den 9. Klassen die Deutsch- und Englischaufsätze statt. Erstschreibende können aber die Aufsatzthemen in den sozialen Medien posten, und die Nachfolgenden können sich mittels Textrobotern wie Chat-GPT oder Übersetzungsprogrammen zu Hause darauf vorbereiten.

Die Lehrpersonen sind frustriert

Als Folge der kritischen Auseinandersetzung des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland (LVB) mit den Checks wurde im Frühjahr 2022 ein neues Fachgremium auch unter Einbezug des LVB ins Leben gerufen. Unter der Leitung des Baselbieter Amtes für Volksschulen (AVS) erarbeitet das Gremium Verbesserungsvorschläge und führt Verhandlungen mit dem IBE. Der LVB hat bereits mehrfach eine Vereinheitlichung der Prüfungstermine gefordert.

Doch laut dessen Präsident Philipp Loretz hätten auch diese Woche wieder einige Klassen den Deutschaufsatz am Montag und andere am Dienstag geschrieben. Er bedauere, dass die Forderung nach fairen Prüfungsbedingungen noch immer ignoriert würden.

Das IBE müsse Einfluss nehmen und von den Kantonen die Vereinheitlichung «dringlich einfordern», sagt Loretz, «denn es geht um die Glaubwürdigkeit



Sekundarschüler, die die Aufsätze zuerst schreiben, sind benachteiligt. Die Nachfolgenden können sich darauf vorbereiten. Bild: Gaetan Bally

der Checks». Die BKSD könne dann «einen einzigen Termin definieren, und die Schulleitungen müssten dafür sorgen, dass dieser eingehalten wird».

Laut IBE-Geschäftsleiter Urs Moser sind die Forderungen «keineswegs ignoriert worden». Auch er wünsche sich fixe

Daten. In der Realität sei das aber nicht machbar. «Wir tun das Bestmögliche, doch wir müssen uns auch kulant zeigen, wenn einzelne Schulen die Termine verlegen müssen.» Betroffen sei nur eine «kleine Anzahl» der Schulen, meint er. Diesen dann aber neue Prü-

fungsfragen vorzulegen, würde eine aussagekräftige «Interpretation der Ergebnisse» erschweren.

Um die Prüfungsdaten zumindest im Kanton Baselland abzustimmen, wäre die Bildungs-, Kultur und Sportdirektion (BKSD) zuständig. Diese meldet, dass aus «organisatorischen und betrieblichen Gründen» darauf verzichtet werde. Die Schulen sollen eine gewisse Freiheit behalten, um die Durchführung den örtlichen Gegebenheiten anpassen zu können.

Risiko wird unterschiedlich eingeschätzt

Dass einheitlich angedachte Prüfungen nicht an einem Tag geschrieben werden müssen, sei «unseriös und unwissenschaftlich», meint Philipp Loretz. Die Themen würden von Schülern, die den Test bereits geschrieben haben, auf Social Media geteilt. Die Nachfolgenden könnten sich so auf den Test vorbereiten. «Spätestens im Zeitalter des Chat-GPT müsste man gemerkt

haben, dass es nicht sein kann, dass einheitliche Termine unabhängig sind», findet er.

«Es gibt nichts zu beschönigen», sagt Urs Moser vom IBE. Die Möglichkeiten zum Schummeln hätten zugenommen, und man diskutiere, wie man dagegen vorgehen könnte. Doch er halte das Missbrauchsrisiko für gering. «Die Schüler müssten den zu Hause vorgeschriebenen Text auswendig lernen.» Beim IBE seien schon Schummelfälle und verdächtige Ausreisser entdeckt und die Schulen darauf hingewiesen worden, sagt Moser. Diese beschränkten sich aber auf den «Promillebereich». Auch die BKSD spricht von «Einzelfällen».

«Das IBE spielt das Problem herunter» sagt hingegen Loretz. Viele Jugendliche seien durchaus in der Lage, sich einen vorformulierten Text einzuprägen. Allein die vorzeitige Auseinandersetzung mit den «geleakten» Themen verschaffe ihnen einen grossen Vorteil, der die Wissenschaftlichkeit der Erhebung untergrabe.

Nächster Schritt für Förderklassen in Basel-Stadt

Mit über 3800 Unterschriften war die Basler Förderklassen-Initiative im vergangenen Sommer zustande gekommen. Gestern Dienstag informierte der Berufsverband der Freiwilligen Schulsynode (FSS) über die Initiative. Denn der Verband stand in der Vergangenheit in der Kritik.

Damals äusserte er sich noch nicht über die Anforderungen für Förderklassen, jetzt herrscht mehr Klarheit. Unter anderem sollen die Förderklassen aus Lerngruppen mit maximal zehn Schülerinnen und Schülern bestehen. Dabei sei die

maximale Dauer ihres Verbleibs bestimmt, sagte Marianne Schwegler, Vizepräsidentin der FSS. Doch eines sei für sie klar: «Wir wollen nicht zum alten System zurück.»

Der Grosse Rat überwies Anfang Januar die Initiative an die Regierung. Bildungsdirektor Conradin Cramer kündigte darauf ein Massnahmenpaket an. Die FSS hoffe nun auf einen optimalen Gegenvorschlag, damit die Förderklassen möglichst schnell eingeführt würden, sagte FSS-Präsident Jean-Michel Héritier. (sos)